

Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 60 (1981)
Heft: 5

Artikel: Zornige Widerrede
Autor: Hürlimann, Alois-Karl
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-339713>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 11.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Zornige Widerrede

Die Bemerkungen von Urs Engler (Rote Revue 3/1981) über das «vielleicht zu lange» Schweigen «gemässigter» Sozialdemokraten und die «höchste Zeit» dafür, dass nun endlich alle «Farbe bekennen» müssten, bedarf nach Alois-Karl Hürlimann aus Basel einiger Widerrede. Hier ist sie – scharf ausgefallen.

1. Seit einiger Zeit üben sich «moderate» Sozialdemokraten im Bejammern der widrigen politischen Umstände, die dazu geführt hätten, dass Mehrheiten der SPS-Partei-tage nicht mehr mit dem Denken der SP-Mehrheit oder der SP-Wählermassen übereinstimmen würden.

Dies ist eine Behauptung, die durch *Wählerzahlen* überhaupt nicht belegt werden kann. Trotz schärfer gewordener Aussagen zur Tagespolitik hat die SPS in den letzten Jahren in der ganzen Schweiz einen Aufschwung erlebt und danach konsolidiert, der vorher, zu Zeiten der SPS-Überanpassung an den bürgerlichen Staatsbetrieb, nicht einmal erträumt worden wäre. Viele Wähler sind den nach links verschobenen SP-Perspektiven jedenfalls in weit grösserem Ausmass gefolgt als zur Zeit des Kalten Krieges, als die SP-Perspektiven hie und da als soziale Feigenblätter des Freisinns erscheinen mussten.

Auch von grösseren Mitgliederbewegungen hin zum Austritt aus der Partei in den letzten Jahren kann – wie es Rudolf Strahm nachweisen wollte – keine Rede sein.

Zudem ist die Argumentation, wonach die sogenannten gemässigten Sozialdemokraten die eigentlichen SP-Wählervorstellungen zum politischen Tragen bringen würden,

angesichts der Abwesenheit von durchschnittlich über 60% der Gesamtwählerschaft von den Urnen Spiegelfechterei. Bei den hierzulande herrschenden politischen Verhältnissen kann niemand für sich in Anspruch nehmen, im Namen von irgendwelchen *Mehrheiten* zu sprechen. Diese Mehrheiten gibt es nicht.

2. Seit dem Sommer 1979 äussert sich in Basel eine Gruppe von Sozialdemokraten über die SP recht undifferenziert in dem Sinne, dass die Gesamtpartei angeblich nicht mehr auf «dem Boden des Rechtsstaates» stehe und es sich deshalb aufdränge, die Rechtsstaatlichkeit innerhalb der SP-Diskussionen und SP-Handlungen quasi zu retten. Urs Engler drückt dies in seinem Artikel wie folgt aus: «Wenn er (der gemässigte Flügel) sich heute wieder vermehrt regt, so nicht, weil er um seine angeblichen «Privilegien» fürchtet. Er tut es, weil er aus ideeller Überzeugung die Meinung vertritt, nur mit und nicht ohne oder gar gegen den Staat sei ein beharrlicher Ausbau des Sozialstaates und die Schaffung einer humanen und solidarischen Gesellschaft möglich.» Es wird also im Stile der NZZ-Inlandredaktion der effektiven Parteimehrheit unterstellt, dass sie das Gegenteil, aus nicht

ideeller Überzeugung, aus nacktem Machtstreben heraus die Bekämpfung «des Staates» und damit wohl eine Art Diktatur anstreben würde.

Diese indirekte Verleumdungskonstruktion muss als Grundlage für alle möglichen Beschreibungen des innerparteilichen Gegners herhalten. Am laufenden Band wird unsereinem unterstellt, sich nicht an rechtsstaatliche Verordnungen halten, undemokratische Entscheide erzwingen, Minderheiten erdrücken zu wollen und so weiter.

Die Kurzformel lautet dann einfach: Ausserhalb des Rechtsstaates stehend!

Konkrete Kritik an der Politik der Parteimehrheit wird nicht laut, allenfalls werden Personalquerelen zu Verfassungsfragen hochstilisiert.

Über «das Recht» oder über «den Staat» denken die «ideellen» Überzeugungstäter alias «gemässigte» Sozialdemokraten nicht nach. Sie vervielfältigen vielmehr jene Vorstellungen von «Staat», die das Recht zum Schiedsrichter über einen angeblich wohlgeordneten Ausscheidungskampf zwischen zwei oder mehreren zum vornherein Gleichberechtigten verstanden wissen wollen. Die augenverbundene Justitia blickt bei Gebrauch dieser Sichtweise einem Naturkampf der Ellenbogen zu, die als «Rechts oder Links», als «Arbeitgeber oder Arbeitnehmer» oder als «Vermieter oder Mieter» schliesslich auf wundersame Art und Weise Recht finden, jeder für sich und damit alle für alle.

Im Alltag spricht man dann von «Ausgewogenheit», also etwa bei Fernsehdiskussionen von der Beteiligung eines FDP-, eines CVP-, eines SVP- und eines SP-Mitgliedes.

Diese Staats- und Rechtsauf-

fassung mag nachvollziehbar sein, sie ist aber – wie die Erfahrung mit kapitalistisch organisierten Wirtschaftsgesellschaften auf die Dauer zeigt – unmenschlich. Sie schliesst beispielsweise einen der zentralen Begriffe des Sozialismus, nämlich *Solidarität*, aus. Engler handelt grundsätzliche Probleme des Rechtsstaates nicht ab. Dagegen entpuppt sich die sogenannte «politische Vernunft», mit der auch das Bürgertum gerne hausieren geht, selbstverständlich immer als reine Gruppeninteressenpolitik für Besitzende, für die herrschenden Besitzverhältnisse, für Machtstrukturen, wie diese heute gegeben sind. Wenn «gemässigte» Sozialdemokraten erklären, dass sie «ohne weiteres» zugeben würden, «dass wir auch keine praktikablen Patentrezepte gegen die Bedrohungen unserer Zeit anzubieten haben», drücken sie eine Hoffnungslosigkeit aus, die in der Tristesse grossbürgerlicher Lebensgestaltung münden muss. Auch hier wieder die indirekte Unterstellung, die Linken würden mit Patentrezepten aufwarten!

Wo, wenn man fragen darf? Allerdings arbeiten die Linken in Sachgruppen, machen Vorschläge, manchmal

Verbesserungsvorschläge, manchmal grundsätzliche Orientierungsvorschläge, immer aber diskutieren sie, nehmen Probleme wahr und versuchen diese zu analysieren, um eventuell Hoffnung aufrechterhalten zu können. Hoffnung, die notwendig ist, damit die Gesellschaft entwicklungsfähig bleibt.

Das «Ja zum Staat» ist ein Schlagwort, dessen Indifferenz sich gerade da zeigt, wo dieser Rechtsstaat tatsächlich in Gefahr gerät: bei Übergriffen der Staatsgewalt, die



Rechtssicherheit zerstört; bei der versuchten Militarisierung des gesamten gesellschaftlichen Lebens; bei der Akzeptierung wirtschaftskrimineller Geldversteckttätigkeiten schweizerischer Banken, um Beispiele zu nennen. Was nun die «Reformfähigkeit» eines Staates angeht, so ist doch zu bedenken, dass Bedürfnisse nach Reform einer Verneinung bestehender Gesetze oder Einrichtungen gleichkommen.

Wenn etwas reformiert werden soll, muss es erst einmal als reformbedürftig anerkannt oder aufgefallen sein. Wenn eine gesellschaftliche Einrichtung reformbedürftig erscheint, wird ihre momentane Verfassung verneint, vielleicht mit Hilfe drastischer Massnahmen. Vorschriften etwa des schweizerischen Obligationenrechts in bezug auf Mietrechtsfragen, die sich als unmenschlich erweisen, kann man nicht mit einem «Bekenntnis» im Grundsatz doch bejahen. Mit andern Worten: Das Gerede um ein «Bekenntnis» zum Rechtsstaat ist ein Mittel, die Unfähigkeit des politischen Alltags, wirkliche, reale Probleme der Gesellschaft zu er-

kennen und zu lösen, zu über-tünchen. Was nützt es einem gekündigten Mieter, wenn ihm ein Richter versichert, seine Kündigung sei rechtlich absolut einwandfrei vorgenommen worden, und er dann keine Wohnung mehr hat?

Recht kann auch unmenschlich sein.

Rechtswirklichkeit ist deshalb nicht bloss eine Angelegenheit von Juristen.

Die Bejahung des Rechtsstaates kommt vielen Mitgliedern dieser Gesellschaft aufgrund leidvoller Erfahrung nicht leicht oder überhaupt nicht über die Lippen. Daraus eine Parteikrise zu inszenieren, ist einfach deshalb nicht glaubwürdig, weil die meisten Mitglieder der baselstädtischen ASG-Führung sich einen Deut um Fragen des Rechtsstaates kümmern, selbst dort, wo sie es noch könnten. Wo blieben denn die Proteste und Warnungen von dieser Seite, als im Falle der Verhaftung eines ganzen Demonstrationzuges am 20. August 1980 mehrere Rechtsbrüche sowohl durch Instanzen der Staatsanwaltschaft wie der Polizei begangen wurden?

3. Eines der Lieblingswörter der ASG-Veröffentlichungen ist der Begriff Toleranz.

«Man» sei in der Partei nicht mehr tolerant.

«Man» übergehe Einwände gegen eine forsche linke Politik, «man» lasse Gemässigte nicht mehr zu Wort kommen und so weiter. Unterstellt wurde in Inseraten und Communiqués am laufenden Band, die SP sei zu einer «Kaderpartei» umfunktionierte worden.

Vielen Basler Sozialdemokraten bleibt bei solchen Vorwürfen der Mund offen, besonders, wenn sie vernehmen, wer da von Kader schreibt. Von Toleranz etwa hat das führende ASG-Mitglied Wullschlegler zu «seiner» Zeit gar nichts gehalten. Da wurde diktiert und gehorcht. Parteiinterne Demokratie herrscht innerhalb der baselstädtischen SP erst seit den siebziger Jahren; Versuche, auf breiter Basis Stadtpolitik zu diskutieren und erarbeitete Resultate in die vom Rechtsstaat gegebenen Institutionen umzusetzen, existieren erst seit der SP-Präsidentschaft von Carl Miville und vor allem der seines Nachfolgers Mathias Feldges. Man sollte uns nicht Geschichtchen über die angebliche Harmonie und Solidarität, über gelebte «Toleranz» gar, die da in der Partei «früher» vorhanden gewesen wären, erzählen, wenn jedermann ganz *anderes* in alten Vorstandsprotokollen nachlesen kann.

Wenn einige Herren aus der Führung der ASG nicht müde werden, einem drittrangigen BaZ-Journalisten oder einem miesen «doppelstab»-Schreiberling personale Internas aus der SP als Beispiele von Revolution oder Rechtsstaatlichkeit unterzujubeln, ist es mindestens verwunderlich,

dass dieselben Herren mit Mienen von Unschuldslämmern «Toleranz» für ihre Verdrehungen, Halbwahrheiten und Gerüchtemischungen verlangen.

Hier ist nicht der Platz vorhanden, all die Communiqués und «Hintergrundnachrichten» aus der ASG-Führungsgruppe auch bloss aufzuzählen. Immerhin möchte ich festhalten, dass die übrigen, jetzt seit Monaten verleumdete und als Halbkriminelle, als Verfassungsbrecher hingestellten SP-Mitglieder bis anhin diszipliniert darauf verzichtet haben, in der Öffentlichkeit Parteigewäsch auszubreiten, obwohl angesichts gewisser ASG-Mitglieder mit Leichtigkeit Klatschspalten gefüllt werden könnten. Wer hier die Partei kaputt machen will, ist für jeden Interessierten mit Leichtigkeit auszumachen. Es ist ungeheuerlich, wenn Engler schreibt, dass wir «keine Seiltänzer und keine Schaumschläger und auch nicht vor-dringlich «neutrale» Vermittler» brauchen würden. Selbstverständlich meint Engler mit «Schaumschläger» nicht die ASG-Führung. Die Unterstellung muss zurückgewiesen werden, wonach Leute, die immerhin seit Jahren politische Sacharbeit für die Partei geleistet haben, zu Seiltänzern und Schaumschlägern gemacht werden, während jene, die ausser Pöstcheneroberung nichts wesentliches beigetragen haben, sich als Richter über Recht und Unrecht aufspielen können.

Selbstverständlich machen Leute, die etwas tun, auch Fehler. Solche, die nichts tun, kommen auch nicht in Gefahr, Fehler zu machen. Nichtstun als politische Klugheit hinzustellen, scheint mir aber eine faule Ausrede dafür zu sein, dass es gewis-

sen Politikern nicht passt, nicht länger eigenmächtig Anpassertum betreiben zu können, nachdem sie ihr Mandat der SP verdanken.

4.

«Doch dies (nämlich die Beschleunigung einer Flurbereinigung) ist nicht das Vordringlichste. Es geht heute nicht um die Erhaltung oder Erlangung von Positionen, sondern um Offenheit und Klarheit», schreibt Urs Engler. *In der baselstädtischen SP herrscht Offenheit.* Es wird an den sehr häufig stattfindenden Delegiertenversammlungen nie en bloc abgestimmt, vielmehr wird diskutiert, abgewogen, verändert, es gibt praktisch zu jedem Geschäft mehrere Vorschläge, und es ist nicht zu erkennen, dass da irgendwo im Hintergrund ein Kader lenkt und leitet und irgendeine leninistische Avantgardeposition einnehmen würde. Die 12- bis 15mal pro Jahr stattfindenden Delegiertenversammlungen sind durchaus repräsentativ zusammengesetzt und haben in den letzten Jahren einen hohen Grad an Beteiligung erreicht (oft über 200 Delegierte von etwa 300).

Welche schweizerische Kantonalpartei der SP kann sich eines solch breiten Spektrums an innerparteilicher Demokratie denn noch rühmen? Welche bürgerliche Partei gar hätte irgendetwas gleichrangiges in Sachen innerparteilicher Demokratie vorzuweisen?

Offenheit ist gewährleistet und wird geübt. Offenheit ist natürlich unbequem. Es besteht der Drang nach Kontrolle, nach politischer Einigkeit, der sich im übrigen die Linke nie entzogen hat. Der Präsident der ASG aber erschien in den letzten 6 Jahren nur einmal an einer Delegier-

tenversammlung. Das hinderte ihn aber nicht, an der Gründungsversammlung der ASG von «Wortabschneiden» zu jammern, dem er und «viele Genossen» ständig ausgesetzt gewesen wären. Wie kann man Abwesenden das Wort abschneiden?

Liebe Leserin, lieber Leser, es fällt Ihnen sicher auf, dass ich wenig Bereitschaft zur Verständigung durchblicken lasse. Der Grund meiner deutlichen Sprache liegt im Gegenstand, den der Artikel behandelt:

Seit Monaten reden und schreiben Genossen im Namen einer selbsternannten schweigenden Parteimehrheit Inhaltsleeres gegen die SP-Politik in der Stadt Basel. Die Partei hat sich äusserst zurückhaltend benommen, hat Geduld und Verständnis aufgebracht gegenüber vielen ge-

rade älteren Genossinnen und Genossen, hat sich nicht in die Richterrobe gekleidet, um rechthaberisch auf Statuten und Strafe zu pochen. Viele gewählte Repräsentanten der Partei sind durch ASG-Verlautbarungen verleumdet worden. Sie haben bis anhin darauf verzichtet, sich zu wehren. Irgendjemand muss dies aber nun endlich einmal tun, denn die politische Situation ist voller Spannungen, voller Unsicherheit, voller Gefahren für viele Gruppen unserer städtischen Gesellschaft. Die Wohnungsnot nimmt Züge einer Katastrophe an, die Verschandelung intakter Wohnquartiere wird systematisch vorangetrieben, Rechtssicherheit wird durch staatliche Organe gefährdet, weil die SP gelähmt wird durch Leute, denen es bei genauerem Hinsehen weder um

Rechtsstaatlichkeit noch um die Sorge geht, die SP könnte an Boden verlieren, sondern die sich einzig und allein davor fürchten, dass die eigene Karriere oder der eigene Einfluss erarbeitet und nicht einfach ersessen werden sollte. Dass die ASG-Führung Unzufriedene zu versammeln weiss, ist angesichts der unsicheren Zeiten kein Wunder. Die Behauptung, «man» vertrete die «schweigende Mehrheit», allerdings ist unbewiesen, ist nicht richtig, denn wenn ein paar Karteileichen durch eine Unterschrift, zu der sie erst noch halb gezwungen werden, ihre Sympathie der ASG gegenüber ausdrücken, bedeutet dies noch lange nicht, dass in der Partei jener Zustand herrschen soll, den die Herren der ASG-Führung als «intolerant» zu bezeichnen pflegen.

Rudolf Winkler

Ein neues Wirtschaftskonzept

2. Teil: Humanisierung der Arbeitswelt

Wie im Beitrag zum Wirtschaftskonzept in der letzten Nummer der Roten Revue erwähnt, wird im Entwurf zu einem neuen Wirtschaftskonzept anhand der beiden Schwerpunkte «Humanisierung der Arbeitswelt» und «Umwelt, Wachstum, Beschäftigung» gezeigt, wo in diesen beiden Bereichen angesetzt werden muss, um von den heutigen Gegebenheiten mit Hilfe einer zielbewussten Reformpolitik den dem Konzept zugrunde gelegten Zielen näher zu kommen. Sie sind damit als wichtiger Beitrag zur Strategiediskussion gedacht.

Es liegt in der Natur der Sache, dass die Ausführungen zum Teil recht technokratisch anmuten, denn es handelt sich vor allem um die Beschreibung der an den heutigen Zustand anknüpfenden Schritte. Dabei ist zu beachten, dass für den Erfolg einer

Reformpolitik entscheidend ist, dass jeder Schritt in die gewünschte Richtung nicht nur unmittelbar als solcher richtig erscheint, sondern dass er darüber hinaus in immer breiteren Kreisen der Bevölkerung die Überzeugung wachsen lässt, dass weitere

Schritte in dieser Richtung nötig sind. Wenn sich dann immer mehr Menschen überzeugt und begeistert für das als richtig Erkannte einsetzen, dann beginnt die Reformpolitik jene Kraft zu entwickeln, die für Änderungen, wie sie im Wirtschaftskonzept und im Programmentwurf der SPS vorgesehen sind, nötig ist.

Die Arbeitswelt hat sich seit Beginn der Industrialisierung radikal verändert

Die Arbeitswelt wurde immer mehr geprägt durch zunehmende Arbeitsteilung, technische Neuerungen und grössere Betriebsstätten. Was bis zu einem bestimmten Grad auch aus der Sicht der Arbeitenden als positiv empfunden wird und ihnen aufgrund der höheren Produktivität auch zu besseren Löhnen verhilft, führt dann zu nicht men-